

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Královská 15 • Kripplhof: 26793, 31400 • (Kasieraktion): 26797 • Druckeramt: 57544

11. Jahrgang.

Donnerstag, 5. November 1931

Nr. 257.

Stellungskrieg um die Bauförderung.

Neue agrarische Vorstöße abgewiesen.

Prag, 4. November. Im Senat, der nach vierzehntägiger Pause heute nachmittags wieder zu einer Plenarsitzung zusammentrat, legten die tschechischen Agrarier, unterstützt von den tschechischen Gewerdeparteilern, unentwegt ihre Versuche fort, die Verhandlung der eben erst eingebrachten Bauförderungs-Novelle zu verschleppen. Sie wollten auf diese Weise die ehefte Einbringung einer ihnen genehmen Mieterschutzvorlage erzwingen, und sie kümmerten sich wenig darum, daß darunter auch eine für die Landwirtschaft bedeutende Vorlage, die Staatshilfe bei Elementar Katastrophen, die mit der Bauförderung funktionierte, naturgemäß leiden muß. Auch heute blieben diese Vorstöße alle ergebnislos.

Schon in der Koalitionsobmannkonferenz, die der Plenarsitzung voranging, kam es wegen der Bauförderung zu einer längeren, ziemlich erregten Debatte, in der die Meinungen heftig aufeinanderprallten. Schließlich wurde aber doch der Beschluß gefaßt, die Bauförderung und die Elementar Katastrophenvorlage heute sofort den Ausschüssen zuzuwiesen und zu verlangen, daß die Ausschüsse die Vorlage binnen fünf Tagen für die Beratungen im Plenum fertigstellen. Die Vorsitzenden der Ausschüsse wurden darüber unterrichtet, daß beide Vorlagen unter allen Umständen in den für die nächste Woche in Aussicht genommenen Plenarsitzungen des Senats erledigt werden sollen.

Nach der Plenarsitzung trat sofort der sozialpolitische Ausschuss unter Vorsitz des tschechischen Genossen Johánis zur Beratung der Bauförderungs-Novelle zusammen. Das Referat erstattete die Genossin Karpislová, die ausführlich den Zweck der Vorlage darlegte und sie in der Fassung der Regierung zur Annahme empfahl.

Der Bauherrenvertreter im tschechischen Agrarklub, Dr. Gavelka, ludte nun die Vorlage neuerdings durch Einbringung eines Verfassungsantrages zu verschleppen, und zwar sollte der Ausschuss nicht früher in die Beratungen eingehen, als bis auch die neue Mieterschutzvorlage dem Hause zugegangen sei. Der Vertreter der tschechischen Gewerdepartei Krianička beantragte wenigstens Vertagung bis nächsten Dienstag.

Ueber diese Anträge entspann sich eine längere Aussprache, in die u. a. Genosse Naxolim eingriff; auch der Sektionschef Kubista aus dem Fürsorgeministerium beteiligte sich an der Debatte.

Das Resultat war, daß die Verfassungsanträge beide abgelehnt und die Vorlage gemäß dem Antrag der Referentin, in der vorliegenden Fassung unberändert angenommen wurde. Allerdings dürften sich am nächsten Montag ähnliche Vorkommnisse erst noch im Budgetausschuss wiederholen.

Beratungen der politischen Minister.

Weitere Sparmaßnahmen geplant. — Auch Steuererhöhungen?

Prag, 4. November. Heute nachmittags fand eine Beratung der politischen Minister statt, die sich nach Informationen des „Pravo Lidu“ vor allem mit dem Problem befaßte, die Staatsfinanzen gegenüber allen im Laufe des Winters wie des ganzen Jahres etwa auftauchenden Anforderungen sicherzustellen. In der Aussprache wurde einerseits über weitere Ersparungen in der öffentlichen Verwaltung, andererseits über die Möglichkeiten einer Erhöhung der Einkommen- und Einkommensteuer diskutiert. Daneben wurde noch über weitere Maßnahmen gesprochen, durch die eine Steigerung der Staatseinnahmen herbeigeführt werden soll. Nach dem „Pravo Lidu“ soll es auch nicht ausgeschlossen sein, daß durch einen Koalitionsantrag noch im Plenum des Hauses weitere Streichungen im Budget vorgenommen werden.

Das Endergebnis der englischen Gemeindevahlen.

London, 4. November. Nach dem Endergebnis der englischen Gemeindevahlen wurden 1055 Konservative, 257 Arbeiterparteiliche, 38 Liberale und 15 Unabhängige gewählt.

Helfet den Krisenopfern!

Noch ist kein Ende der Weltwirtschaftskrise zu sehen. Noch schmilzt das Millionenheer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter nicht zusammen. Noch wächst die Not der schuldlosen Opfer eines anarchischen Wirtschaftssystems weiter und sie droht im kommenden Winter,

Im dritten Krisenwinter

einen Umfang anzunehmen, wie ihn die Menschheit nie gekannt hat. Große Massen arbeitsschwacher und arbeitsfreudiger Menschen stützt die Gesellschaft, indem sie ihnen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten versagt, in grenzenloses Elend.

Es war seit jeder unsere Auffassung, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, für alle zu sorgen, die durch Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit fürsorgebedürftig geworden sind. Die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Regierung hat vor allem den Zweck, den Staat, die wichtigste Organisation der Gesellschaft, mehr als bisher zu einem Vollstrecker dieser Fürsorgepflichten zu machen.

Ueber die staatliche Fürsorge hinaus

muß sich aber die Fürsorge der Arbeiter und Angestellten für ihre Klassengenossen erstrecken. Vielen Arbeitslosen und ihren Angehörigen droht das Versterben in tiefster, hoffnungsloses Elend. Ihnen gilt es zu helfen!

Hilfe den proletarischen Brüdern und Schwestern, die keinen anderen Rettungsweg mehr sehen als die Solidarität ihrer Klassengenossen!

Hilfe den Kindern! Hilfe den Alten!

Reichsverein „Arbeiterfürsorge“

- Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei.
- Arbeiter-Turn- und Sportverband.
- Verband der Arbeiter-Radsportvereine.
- Verband der deutschen Arbeiter-Gesangvereine.
- Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren.
- Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Sozialistischer Jugendverband.
- Arbeiter-Kontinenten-Bund.
- Bund proletarischer Freidenker.
- Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften.
- Arbeiterverein „Kinderfreunde“.
- Touristenverein „Die Naturfreunde“.

Kompromiß bei der österreichischen Post.

Wien, 4. November. Die heutigen Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Handelsministers Feinl zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern der Technischen Union sowie der anderen Organisationen der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten geführt wurden, wurden um 7 Uhr mit der Unterzeichnung eines definitiven Übereinkommens beendet, durch das die drohende passive Resistenz des Telephon- und Telegraphendienstes in Oesterreich vollkommen abgetrennt wurde.

Ist Hitler koalitionsrei? Verbastete Meinungsdivergenzen im Zentrum.

Berlin, 4. November. Man erwartet, daß die morgige Sitzung des Zentrums eine gewisse Klärung bringen wird, soweit es sich um das Verhältnis des Zentrums und insbesondere des Reichsländlers zu den Nationalsozialisten, namentlich deren Beteiligung an der Regierung Brünning betrifft.

Die bisherigen Äußerungen der Presse des Zentrums widersprechen einander. Für die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung günstige Stimmen wechselten mit gegenteiligen Stimmen ab. Der Führer des Zentrums in Preußen, Landtagsabgeordneter Heh, schreibt in der Korrespondenz des Zentrums über diese Frage:

„Das Zentrum kann kein politisches Extremum haben, weder rechts noch links, denn die Befestigung der politischen Macht durch eines der politischen Extreme würde bei uns unmittelbar den wütendsten Kampf zwischen Rechts und Links bedeuten. So etwas hielt Deutschland nicht mehr aus. Deshalb kann das widerspruchsvolle Konglomerat, das heute im Nationalsozialismus zusammengeballt

Die „Arbeiterfürsorge“ und die deutsche sozialdemokratische Partei rufen zu einer großen, umfassenden Hilfsaktion in Gemeinschaft mit den Genossenschaftlichen, Genossenschaftlichen und allen Kulturorganisationen auf.

Sie ruft alle, die nicht nur zum Mittel, sondern auch zur Mithilfe bereit sind.

Sie ruft alle, die es ernst meinen mit der Solidarität für die Opfer der Krise.

Sie ruft alle, die menschlich fühlen und auch menschlich handeln wollen.

Sie ruft alle, die erkennen, daß es in unserer Zeit keine größere und dringlichere Solidaritätsaufgabe geben kann als die, die Arbeitslosen und ihre Familien über die Krise hinwegzujetzen. Ihnen allen ruft sie zu:

Opfert für die Krisenopfer!

Jeder gebe nach seinen Kräften entweder den mit Ausweilen versehenen Sammlern der „Arbeiterfürsorge“ oder direkt an die „Arbeiterfürsorge“ Prag oder einen Bezirksverein.

Wer noch in Arbeit steht, wer nicht von Arbeitslosigkeit bedroht ist, gebe denen, die von der Krise zermalmt zu werden drohen!

Es ist sozialistische Pflicht, es ist revolutionäre Pflicht, den Krisenopfern zu helfen!

Es ist Pflicht, ihnen zu helfen, damit ihre Kampf- und Arbeitskraft erhalten bleibt!

Wer die Hilfsaktion der „Arbeiterfürsorge“ unterstützt, handelt genau den Worten des alten sozialdemokratischen Programms, das es als wichtigste Aufgabe bezeichnet, die Arbeiter geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten.

Zumulte im ungarischen Parlament.

Budapest, 4. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu tumultuösen Szenen. Als Ministerpräsident Graf Julius Karolyi in seiner Rede die Schuld an den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ungarns dem Trianoner Vertrag zuschrieb, begann die Opposition, insbesondere die Sozialdemokraten, zu rufen: „Graf Bethlen ist schuld!“ Darauf erwiderten die Angehörigen der Regierungsmehrheit im Chor: „Nicht Bethlen, sondern Trianon ist schuld!“ Dies veranlaßte die Opposition zu noch härteren Protesten gegen Bethlen und zu Zwischenrufen: „Erhebet Klage gegen Bethlen!“ Erst nach längerer Zeit konnte der Ministerpräsident seine Ausführungen fortsetzen, doch wiederholten sich die Proteste auch später, insbesondere als Graf Karolyi unterstrich, daß er auf dem Gebiete der Außenpolitik die Linie Bethlens fortsetzen werde und am Schlusse erklärte, er sehe keinen Grund, warum das Standrecht aufgehoben werden sollte.

Skandale an der Warschauer Universtität.

Warschau, 4. November. An der Warschauer Universtität wiederholten sich heute die antisemitischen Ausschreitungen der nationalistischen Hochschüler. Während der Schlägereien wurden circa 20 Hochschüler, u. zw. sowohl jüdische als auch Studenten, welche regierungsfreundlichen akademischen Organisationen angehören, von den nationalistischen Hochschüler durch Stöße verletzt. Der Senat der Warschauer Universtität hat beschlossen, energische Maßnahmen gegen die Ergebenen zu ergreifen und gegebenenfalls die Universtität gänzlich zu schließen.

Der uneinige Agrarismus.

Windirsch für, Viškovský gegen Herabsetzung der militärischen Dienstzeit.

Die Verhandlung des Militärkapitels im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses hat ein bezeichnendes Schlaglicht auf die politische Zerfahrenheit im agrarischen Lager geworfen. Während tschechische und deutsche Sozialdemokraten in gemeinsamer Front für die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit und der Militärausgaben eintraten, standen deutsche und tschechische Agrarier gegeneinander. Berichterstatter Dr. Kolás und Landesverteidigungsminister Viškovský suchten alle möglichen Ausreden für die Weiterbehaltung der achtzehnjährigen Dienstzeit und die Notwendigkeit eines hohen Militärbudgets zusammen, der Landbündler Windirsch hingegen unterstützte die Ausführungen des tschechischen Sozialdemokraten Hummelhans und betonte, daß die Tschechoslowakei sowohl mit einer Deeresstärke von 80.000 Mann als mit der zwölftmonatlichen Dienstzeit das Auslangen finden könne. Es scheint aber, daß diese Stellungnahme des Herrn Windirsch, der schon in Bürgerblutzeiten einer der loyalsten Aktivisten war, auf seine grünen Koalitionsgenossen von der tschechischen Seite nicht den geringsten Eindruck gemacht hat.

Dieser Vorfall ist ein neuer Beweis dafür, daß die agrarischen Parteien dieses Staates trotz jahrelanger Regierungsgemeinschaft über eine gemeinsame wirtschaftliche Interessenpolitik keinen Schritt hinausgekommen sind. Als Faktor nationaler oder politischer Zusammenarbeit tritt der Agrarismus überhaupt nicht mehr in Erscheinung. Die Hauptschuld an diesem Zustand — dies sei gerechterweise festgehalten — trägt die tschechische Agrarpartei, die ihren deutschen Bundesgenossen vor wie und da als Vorspann für Forderungen benützt, ihn sonst aber als lästiges Anhängsel betrachtet und auch darnach behandelt. Unter Svechlas Führung hatte die republikanische Partei nie und da wenigstens eine freundliche Geste für die deutschen Standesgenossen übrig. Er selbst prägte das verheißungsvolle Wort von „Gleichen und Gleichen“ und auch in den alljährlichen Budgetreden machten die tschechisch-agrarischen Redner —umeist war es Svechlas Schwiegerohn Doktor Cerný — eine Verbeugung vor dem Gedanken der nationalen Zusammenarbeit. Ebenso stand Hodza auf dem Standpunkt, daß man den deutschen Regierungspartnern wenigstens hier und da etwas versprechen müsse, wenn man ihnen schon nichts gebe. Seit Svechlas erzwungener Beurlaubung von der Politik scheint die größte Partei des tschechischen Volkes die staatspolitische Bedeutung einer nationalen Verständigungspolitik ganz aus dem Bewußtsein verloren zu haben. Der ehemalige Jungtscheche Udraz ist anscheinend von schwerstem Mißtrauen gegen die Deutschen erfüllt und er betrachtet es offenbar als ein Höchstmaß an Zugeständnissen, wenn sie überhaupt mitregieren dürfen. Udraz scheint seinen Ehrgeiz daran zu setzen, daß unter seiner Regierungsführung kein einziger Schritt zu vernünftigen nationalen Lösungen getan wird. Daran haben bisher auch die verschiedenen Memoranden des Bundes der Landwirte an seinen tschechischen Regierungspartner nichts ändern können — wer weiß, ob sie überhaupt beantwortet wurden.

Dieser Zustand ist vom Standpunkte eines guten Zusammenlebens der Völker dieses Staates zu bedauern. Während ringsum in Europa die Völker daran sind, ihr Zusammenleben auf neuen Grundlagen aufzubauen und der wachsenden Not durch engere Zusammenarbeit zu begegnen, wird in diesem Lande, das berufen wäre, der Welt ein Beispiel demokratischer Lösung des Nationalitätenproblems zu geben, gerade von den berufensten Männern kein Finger gerührt, um dieses wichtigste Stück staatspolitischer Konsolidierungsarbeit wenigstens anzubahnen. In der Waienblüte des

Um Mazedonien.

Zofia, 4. November. Die bulgarische Regierung hat auf die beiden jugoslawischen Noten über die revolutionäre Tätigkeit der Mazedonier an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze die Antwort erteilt. Diese Antwort widerlegt einige Behauptungen der Noten und wiederholt die Versicherung, daß alle Maßnahmen werden ergriffen werden, um die Tätigkeit der revolutionären Mazedonier zu verhindern.

Bürgerblocks wurde verkündet, das Bündnis zwischen deutschen und tschechischen Bauern sei die Achse der tschechoslowakischen Innenpolitik geworden, inzwischen hat sich die mangelnde politische Bündnisfähigkeit der Agrarparteien als Bremse einer gesunden Staatsentwicklung gezeigt. Wie sollte es jemals auf nationalem Gebiete einen Schritt vorwärts gehen, wenn die Bauernparteien, die eine stabile Wählerschaft hinter sich haben und nationalistischer Konkurrenz wahrlich am wenigsten ausgesetzt sind, vollständig zerfallen? Wir sind die letzten, welche die Schwierigkeiten geringschätzen, die jede tschechische, natürlich auch jede deutsche Partei bei einer national vernünftigen Politik zu überwinden hat. Wäre aber im agrarischen und liberalen Lager soviel guter Wille zur Zusammenarbeit vorhanden, wie bei den Sozialdemokraten beider Nationen, dann bliebe auch das Nationalitätenproblem dieses Staates nicht unlösbar. Unter den Politikern, die den guten Verständigungswillen der sudetendeutschen Bevölkerung an einem schroffen Prestigezustandpunkt verbluten lassen und die damit kostbare Gelegenheiten innerer Konsolidierung veräußern, wird die Geschichtsschreibung einst neben Kramar die Namen Stramel und Udrzal nennen.

So wenig die tschechische und slowakische Landbevölkerung etwa ein Interesse an kostspieligen tschechifizierungsschulen in deutschen Randgebieten hat, ebenso wenig will der tschechische Bauernsohn justament um vier Monate länger beim Militär sein als der deutsche. Die Frage der militärischen Dienstzeit erweist neuerdings, daß die Politik des Agrarismus nicht von den wahren Interessen und Bedürfnissen des Landvolkes gelenkt wird. Die größte Partei des tschechischen Volkes entzieht sich um so mehr ihrer staatspolitischen Berufung, je mehr sie ein Werkzeug in den Händen großkapitalistischer und militaristischer Interessenten wird. Jene Generale und Generalstäbler, die in wöchentlichen Zusammenkünften gewisse Exponenten der tschechischen Agrarpartei für den Ausbau und Fortschritt der Armee zu begeistern verstehen, sie wissen ganz gut, was sie wollen. Agrarismus und Militarismus glauben, daß sie dem Volkswillen umso länger trotzen können, je enger sie sich verbinden. Aber die Kostspieligkeit unseres Militarismus wird eines Tages auch dem tschechischen Landvolk zu dumm werden. Geht Herr Bischofsky auch hochfahrend über die Wünsche seines Jünglings Windisch hinweg, er wird beizeiten einsinken, wenn sich der schlaue Stramel einmal dieser scharfen Agitationswaffe bemächtigt. Die Revolte der Alpenbauern gegen die Verschönerungspolitik ihrer christlichsozialen Führer in Oesterreich ist auch ein Kennzeichen für alle, die in der Tschechoslowakei mit Bauernstimmen antibauerliche Militärpolitik betreiben

Gegen Bürokraten-Regime und Nationalismus!

Die deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Lehrer zur Schulpolitik.

Am 31. Oktober und 1. November 1931 hielten die sozialdemokratischen deutschen und tschechischen Lehrer und Professoren eine gemeinsame Konferenz ab. Es wurde über die Fragen des organisatorischen und kulturpolitischen Fortschrittes berichtet und debattiert.

Auf dieser Konferenz wurde festgestellt, daß die vordringende Reaktion sich nicht nur in den Fragen der Schul- und Kirchenpolitik äußert, sondern auch in allem gesellschaftlichen Geschehen der Gegenwart und in der administrativen und gerichtlichen Praxis.

Der Widerstand der Professoren und Lehrer gegenüber diesem Zustande kann sich nicht auf das enge Gebiet der Standesinteressen beschränken, sondern muß seinen Schwerpunkt im Kampf um die sozialdemokratische Ideologie und um ihre Verbreitung suchen.

Besonders wichtig erscheint der Kampf gegen den chauvinistischen Nationalismus bei beiden Völkern der CSM. Entschieden wurde die ungesunde Praxis verurteilt, welche die nationalstiftende Mehrheit der Schulbürokratie handhabt. Wir halten es für ungesund, daß in unserem Staate, der durch seine Entstehung und die Struktur seiner Bevölkerung dazu berufen ist, in nationalen Dingen allseits gerecht zu sein, eine Praxis

geübt wird, welche die Bevölkerung in national gemischten Gebieten aufzureizen muß. Die kulturelle Autonomie wird daher beiden Nationen von bestem Nutzen sein.

In der Konferenz wurden Tatsachen festgestellt, die beweisen, daß die Schulbürokratie sowohl im Ministerium für Schulwesen als auch in dem ihm unterstehenden Behörden durch die modernen Gedankenströmungen unberührt geblieben ist und Verwaltungsarbeit oft so leistet, daß dies nicht nur zur Gesundheit und zum Gedeihen des Staates nichts beiträgt, sondern dessen Grundlagen untergräbt.

Wir ertragen es schwer, daß auf dem Gebiete der Schulreformen nicht in dem Tempo vorgeschritten wird, welches die gesamte fortschrittliche Bevölkerung des Staates wünscht. Es ist uns bewußt, daß dieses langsame Fortschreiten durch die wirtschaftliche und politische Gesamtlage nicht nur unseres Staates, sondern auch der ganzen Welt verursacht wird, aber trotzdem halten wir es für möglich, daß auch unter den gegebenen Verhältnissen eine ganze Reihe von Dingen gut durchgeführt werden könnte.

Besonders müssen wir uns abermals darüber besorgen, daß die Schulbürokratie vieles von dem, was in der Schulgesetzgebung schon durchgeführt wurde, wieder vernichtet.

Bernachlässigung des Bürger Schulwesens.

Zu wenig deutsche Bürgerschulen. — Für die Freiheit des Schulwesens.

Die Budgetdebatte in der Landesvertretung nähert sich ihrem Ende. Gestern wurden die Kapitel "Schulwesen", "Kunst und Bildung" und "Wesentliche Bauten" erledigt, so daß man annehmen kann, daß heute oder morgen die Abstimmung über die zu den einzelnen Kapiteln eingebrachten Anträge erfolgen kann.

Aus der Rede des

Genossen Illner

über die wir bereits gestern kurz berichteten, heben wir folgende Stellen hervor:

Das Schul-Budget des Landes ist in einem derart engen Rahmen eingezogen, daß es der größten Anstrengungen bedarf, auch diesem Kapitel einen modernen Anstrich zu geben. Die Ausgaben zeigen wohl eine steigende Tendenz, bewirkt durch die Neuerrichtungen von Parallelklassen und den erhöhten Personalaufwand. Das ist aber noch durchaus kein Zeichen für eine fortschrittliche Schulverwaltung.

Es sind zwar seit dem Bestande der Landesvertretung einige nennenswerte Erfolge zu verzeichnen, wie: Klassenerichtung, Trennung von Leitungen von Schulen, Erhöhung von Dotationen für Bibliotheken und Lehrmittel, Hilfsklassenförderung, Schulsubventionenerhöhung usw. Diese Erfolge sind aber noch vollständig ungenügend.

Ganz besonders fehlt uns eine durchgreifende Förderung unserer sozialen Einrichtungen in den Schulen.

Das Land trägt effektiv mit 88 Mill. zum Sachaufwande des Volks- und Bürgerschulwesens bei. Zieht man hier aber eine Parallele zum übrigen Schulwesen des Landes, wie dem landwirtschaftlich und gewerblichen, so findet man, daß das Volks- und Bürgerschulwesen nur als Anhängsel behandelt wird

Das ist auf die Dauer untragbar!

Ich möchte ganz besonders auf die hereinbrechende Katastrophe auf dem Gebiete des Schulbaues verweisen. Die Gemeinden sind ganz ungerade, aus eigenen Mitteln Schulbauten durchzuführen, und doch sind sie aufgrund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dazu verpflichtet. Für das Volksschulwesen ist die höchste schulverwaltende Instanz der Landesschulrat, welcher aufgrund des Landesgesetzes aus dem Jahre 1873 zusammengesetzt ist. Seine letzte Konstituierung fällt in das Jahr 1909. Es ist höchste Zeit, daß hier endlich einmal eine Wandlung geschieht. Wir beantragen daher, daß die Landesvertretung den Landesausschuß auffordert, von seinem Vertretungsrechte im Landesschulrate voll Gebrauch zu machen und seine Rekonstituierung zu betreiben.

Unsere deutsche Bürgerschule ist in ihrer Entwicklung vollständig fürorgellos.

Vor allem haben wir zu wenig deutsche Bürgerschulen. Das Verhältnis zur Zahl der tschechischen verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Heute ist es bereits 4,7 : 1. Das ist ein trübseliges Verhältnis, das verschärft werden muß. Überall dort, wo die Grundlagen dazu bestehen, müssen Bürgerschulen errichtet werden.

Hände weg von der Freiheit der Schule!

Der heutigen Tagung liegt ein Resolutionsantrag der Finanzkommission vor, in welchem verfaßt der Wunsch nach Verstaatlichung unseres gesamten Schulwesens ausgesprochen wird. Dagegen müssen wir in der schärfsten Form Stellung nehmen. Das heißt: Vollständige Verbürokratisierung unseres Volksschulwesens. Wir brauchen bloß auf unsere Mittelschulen, Lehrerschulen, Minderheitsschulen zu schauen — — ich glaube, dann vergeht jedem Verantwortlichen ein derartiger Gedanke. Sehen wir uns einmal unsere landwirtschaftlichen und gewerblichen Landesfachschulen an, wie schön sie sich unter der reinen Selbst-

verwaltung des Landes entwickeln haben und weiter entwickeln können. Ja! unsere Volksschulen sollen die letzten wenigen Wohlstan der eingezogenen Autonomie verlieren! Alle Kulturstaaten weisen einen derartigen Schritt immer und überall zurück. Darum verlangen wir nachdrücklich, daß die Freiheit unseres Schulwesens unangefastet bleibe.

Widerspruch der tschechischen Nationalisten.

Der Referent über dieses Kapitel, der Nationaldemokrat Hlavata, verfuhr die Ausführungen des Gen. Illner betreffend die ungenügende Zahl der deutschen Bürgerschulen zu widerlegen, worauf Gen. Illner nochmals das Wort ergriff und mit genauen statistischen Daten die Richtigkeit seiner Argumente erhärtete:

Es wurden heute etwa 136 tschechische und nur 42 deutsche Bürgerschulen neu errichtet. Das Verhältnis ist infolgedessen 4,7 : 1. Und dagegen wehren wir uns. Wir brauchen in den Randgebieten eine größere Fürsorge für das Bürger Schulwesen. Das ist in den tschechischen Verhältnissen begründet. Die übrigen Zahlen habe ich dem letzten statistischen Berichte des tschechischen Staatssamles entnommen, der im Amtsblatte im Jänner 1931 publiziert war. Der Stand selbst ist vom 31. Oktober 1930 genommen. Dort steht ganz deutlich: Für Böhmen sind mit Einschluß der Minderheitsschulen 3148 tschechische und 1034 deutsche Bürgerschulen errichtet worden. Das Verhältnis ist also 3 : 1.

Wenn der Herr Referent sagt, es würden in den Gebieten, wo die erforderlichen Grundlagen vorhanden sind, Bürgerschulen errichtet, so trifft das nicht ganz zu. Wir haben so und so viele Gemeinden, die schon lange Jahre hindurch Bürgerschulen verlangen und sie immer noch warten müssen.

Es hat sich hier eine lebhafteste Debatte über das

Sprengelbürgerschulgesetz

entwickelt, welches so, wie es gebacht ist, eine ideale Sache ist. In zehn Jahren wird man diese Idee nicht mehr bekämpfen, weil die Sprengelbürgerschule für das Land die größten Vorteile bringt und die Gemeinden entlastet werden müssen. Die unbewährigen Schüler brauchen in der Stadt nicht einmal Schulgeld zu bezahlen, bekommen die Lehrmittel beigegeben. Die Landgemeinden werden allerdings zu diesem Zwecke beitragen müssen, denn die Maßnahmen erfolgen größtenteils für ihre Kinder. Wenn wir das Schulwesen auf dem Lande ordentlich aufgebaut hätten, so wären heute die Städte den Gemeinden nicht immer um einiges voraus. Heute kämpfen wir noch für diese Sache, aber in sehr kurzer Zeit werden gerade die Vertreter des Landes dieses Gesetz sehr loben.

Senat.

Prag, 4. November. Im Plenum des Senats wurde heute nachmittags die Regierungsvorlage über die zwangsweise Pensionierung der Militärrichter nach Erreichung des 65. Lebensjahres, bezw. auch bei früher eingetretener Dienstunfähigkeit, ohne Debatte angenommen. Die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage war noch längeren Auseinandersetzungen in einem gemeinsamen Subkomitee des Verfassungs- und Verwahrschusses unzulänglich worden.

Nach dieser vom Senat genehmigten Fassung muß jeder Militärrichter in Pension versetzt werden, wenn er das 65. Lebensjahr erreicht hat, oder wenn er wegen eines geistigen oder körperlichen Gebrechens zur Erfüllung seiner Amtspflichten nicht fähig ist, bezw. wenn die Fähigkeit hierzu so stark herabgesetzt ist, daß dadurch das Interesse des Dienstes leiden würde. Weitere Bestimmungen betreffen die Entziehung von Dienst im Falle der Einleitung eines Strafverfahrens.

Zu schärferen Auseinandersetzungen kam es später bei der Beratung eines Auslieferungsbef-

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

"Judith!"
"Ja, ich liebe Sie, Peter. Und dennoch mußte ich Ihnen harte Worte sagen. Versuchen Sie das? Ich sah vor mir die Möglichkeit, glücklich zu sein, und ich mußte Sie verlassen. Rufen Sie, Peter. Weil mein Traum stärker ist als ich."
Peter schwieg erschüttert.
"Geden Sie, Peter", bat Judith. "Morgen bin ich wieder vernünftig, ein guter Freund. Heute... Peter, ich bin vierundzwanzig Jahre alt, kein Mensch hat mich geliebt, kein Mensch wird mich lieben. Es gibt Rache, Peter... Ich sage Ihnen das, ohne Scham, ganz offen, weil Sie wissen sollen, wie stark der Glaube sein kann, weil auch Sie glauben sollen... Und während ich es sage, weiß ich, daß Sie mir glauben würden, wenn ich keinen Buckel hätte..."
Sie verband einen Augenblick das Gesicht in den Händen. Dann hand sie auf.
"Gute Nacht, Peter. Kommen Sie morgen wieder. Und wenn Sie sich einsam fühlen, so denken Sie daran, daß ich Sie liebe."
Peter lächelte ihr schweigend die Hand und ging ohne ein Wort.
In dieser Nacht konnte er nicht schlafen. Er dachte an Judith. Der ihren Glauben hätte! Den Glauben, der alles besiegt, der stärker ist, als jedes persönliche Gefühl, jede persönliche Sehnsucht.
Als das erste Morgenlicht durch die Fensterläden sickerte, fiel ihm plötzlich ein, daß er Gabriel Klinker völlig vergessen hatte. Seine Muskeln strafften sich, er ballte die Hände zur Faust und alle seine Gedanken und Gefühle vereinigten sich von neuem zu dem einen Befehl: "Du mußt, Gabriel Klinker! Du mußt!"

Als der Diener meldete: "Herr Generaldirektor Brohmer möchte den gnädigen Herrn sprechen", ließ Gabriel Klinker ein Schauer über das Rückgrat. Er hatte es ja erwartet, hatte sich gewundert, daß es nicht früher geschehen war. Hatte sich darauf vorbereitet, gewappnet. Und dennoch...
Marie Louise lächelte, als sie die Worte des Dieners hörte. Seit einer Woche vernachlässigte sie alle gesellschaftlichen Verpflichtungen, war immer daheim, immer in der Nähe des Mannes. Er hatte Vorwürfe erwartet, Szenen, aber Marie Louise war noch nie so zärtlich, so hingebungsvoll gewesen, so völlig einer Ansicht mit ihm. Nur zuweilen, wenn sie zusammen im Salon saßen, schweiften ihre dunklen Augen nach der Tür, und Gabriel Klinker fühlte mit bestimmter Angst: Sie wartet auf etwas. Wartet unablässig. Worauf?
Gabriel Klinker hatte seltsame Tage erlebt. Ihm war zumute, als lebe, als handle nicht er, sondern etwas Fremdes und dennoch Vertrautes. Eine Hand führte ihn, wohin sie wollte, und er wehrte sich nicht. Manchmal sprach sie ihn der Gedanke: wenn die Hand dich losläßt, was geschieht dann? Wo bist du dann? Wird es ein Borwärtsschritt oder ein Zurückgehen? Oder wirst du im Nichts stehen?
Es erschreckte ihn, daß er keinen Widerstand fand. Seine zuckelnde Hand traf nicht, wie er erwartet hatte, eine Steinmauer, sondern die Luft. Das lähmte ihn. Gegen die Luft kann man nicht kämpfen, die ist überall, umgibt uns, bringt überall ein.
Auch er begann zu warten, wie Marie Louise, auf den Gegenstoß zu warten, den Augenblick, da sich die Luft in eine Steinmauer verwandeln würde. Und das Warten jermüdete ihn.
Trotz aller Angst war es fast eine Erlösung, als er Edmund Brohmer gegenüberstand. Der Generaldirektor des Trusts war voll-

kommen beherrscht, ganz ruhig. Seine harte Stimme klang gedämpft. Er sprach nur wenig, als gelte er mit wertvollen Worten.
"Als er sich verabschiedete, sagte er fast liebenswürdig:
"Haben Sie mich verstanden, Herr Klinker?"
"Ja, Herr Generaldirektor, ich habe Sie verstanden."
Gabriel Klinker schritt durch alle Zimmer. Marie Louise wich ihm nicht von der Seite. Unter ihrem Lächeln lag verborgen die Angst.
Er blieb vor einem kleinen Rundtisch stehen, den er vor einem Monat gekauft hatte.
"Ein schönes Bild, Marie Louise. Eine wahre Augenweide. Viele würden es nicht verstehen, aber ich verstehe es."
Sie folgte ihm auch, als er in sein Schlafzimmer ging. Er setzte sich vor den Toiletentisch und nahm die Schilddrüsenkammer und Bürsten der Reihe nach in die Hand.
"Das ist doch schöner, als Jelluloid."
Den ganzen Tag verließ er das Haus nicht. Er ging von Zimmer zu Zimmer und betrachtete alle Gegenstände mit dem Blick eines Verehrers, der ihren Wert einschätzt. Auch die Frau sah er mit den gleichen Blicken an.
Ueber die Unterredung mit Edmund Brohmer sprach er kein Wort.
Marie Louise zitterte vor Nervosität. Was war geschehen? Was hatte er beschlossen? Wann würde sie es erfahren?
Beim Diner befohl er dem Diener Sekt zu bringen. Er trank langsam, genießerisch. Ah bedächtig, als wollte er jeden Bissen genau prüfen.
Marie Louise verlor die Selbstbeherrschung. "Warum schweigst du, Gabriel? Woran denkst du?"
"An Kohlsuppe und schlechtes Bier."
Sie wurde blaß. Hatte er den Verstand verloren?

Roch dem Diener setzte er sich neben sie auf das Sofa und schlang den Arm um sie.
"Wie gut du riechst, Marie Louise. Ist das ein neues Parfum?"
"Ja, von Chanel. Findest du es gut?"
"Sehr gut; was kostet die Flasche?"
"Fünzig Mark."
Er lächelte.
"Fünzig Mark. Das ist mehr als die Wochenunterstützung eines Ausgeperrten. Aber es riecht gut."
"Gabriel, willst du mir nicht sagen, was Brohmer...?"
Er legte ihr sanft die Hand auf den Mund.
"Nicht fragen, Marie Louise. Morgen wirst du alles wissen. Heute will ich genießen, alles genießen..."
Er hat sich noch nicht entschieden, dachte die Frau.
Als sie sich auskleidete, kam er in ihr Zimmer.
"Schid die Zofe fort", flüsterte er, "ich will dir helfen."
Marie Louise gehorchte.
Er zog sie aus, langsam, fast andächtig. Lange hielt er ihr Kleid in der Hand, ihre spitzenbeinige Wäsche.
Als sie im Bett lagen, riß seine Leidenschaft die kalte Frau mit. So hatte er sie noch nie umarmt. Sie lag erschöpft in seinen Armen.
"Ich bin müde, Gabriel", bat sie, "laß mich schlafen."
"Nein, nein, nicht schlafen. Im Schlaf kommen Träume. Nicht schlafen."
Gegen Morgen überduldete sie die Müdigkeit. Den Kopf an seine Schulter gelehnt, schlief sie ein. Er betrachtete sie lange. Dann lächelte er sie auf den Mund. Sie öffnete noch halb im Schlaf die Augen.
(Fortsetzung folgt.)

gehört gegen den Kommunismus Solota, der bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizisten in Dussel angeblich gegen die Polizei gehetzt und Tätlichkeiten provoziert haben soll. Bei denen mehrere Verwundete wurden. Solota verteidigte sich sehr temperamentvoll, auch ein zweiter Kommunist kam ihm noch zu Hilfe. Während des Schlusswortes des Referenten, der auf der Annahme des Auslieferungsgesetzes beharrte, ertitt Solota förmlich einen Totschussanfall, hämmerte mit den Fäusten auf die Ministerbank und schrie, von einigen Klubkollegen bestens unterstützt, auf den Referenten unaufhörlich ein.

Ein zweiter Kommunist wird dann nicht ausgeliefert, ebenso nicht Genosse Kersch, der in einer Versammlung in Schweden einem führenden Hakenkreuzler, der seinerseits in der sozialdemokratischen Partei nicht radikal genug sein konnte, offen und gründlich seine Meinung über die Ehrenhaftigkeit dieses Gesinnungswechsels geäußert hatte.

Nächste Sitzung Dienstag, den 10. November 15 Uhr. Tagesordnung: Zusatzprotokolle zu den Handelsverträgen mit Österreich, Frankreich und der Schweiz.

In der Obmannkonferenz kamen auch die Differenzen mit dem Landesamt wegen Zuweisung einiger Räumlichkeiten für den Senat zur Sprache, die sich langsam zu einem Skandal erster Sorte entwickeln. Das berechnete Verlangen des Senats, dessen Raumbhältnisse geradezu gesundheitswidrig und für eine geschickte Körperschaft unerträglich sind, scheiterte bisher an Widerstand des Landespräsidenten Kubat.

Von Adam Riese zu Hans Krebs

Siegesmeldungen und Mathematik.

Der „Tag“ kann sich vor Freude über den mecklenburgischen Wahlsieg der Nazi — sie haben dort tatsächlich ihre Bundesgenossen und Nährväter wieder in Stühle gehauen — so wenig lassen, daß er dabei die abenteuerlichsten Rechenkünste zustandebringt. Er schreibt:

Besonders bemerkenswert ist, daß die NSDAP der alleinige Sieger ist. Die Kommunisten haben sich mühsam gehalten, während die Sozialdemokraten eine für sie katastrophale Niederlage erlitten haben. Man kann geradezu von einem Zusammenbruch der SPD sprechen, die durchschnittlich 100 bis 200 Prozent ihrer Stimmen verlor.

Die das jagt, wenn eine Partei 100 bis 200 Prozent ihrer Stimmen verliert, das wäre doch eine genauere Darstellung wert. Sicher wären alle Rechenlehrer und Mathematikprofessoren dem Herrn Krebs dankbar, wenn er ihnen erklären wollte, wie man mehr als 100 Prozent Stimmen verlieren kann, da doch der Verlust von 100 Prozent der Stimmen schon bedeutet, daß man alle verloren hat.

Abgesehen von dieser famosen Rechenkunst, die an einem Blatt wie dem „Tag“, in dem schon mancher größerer Unsinn stand, nicht überflüssig ist die Meldung natürlich eine maßlose Übertreibung, die hart an Fälschung grenzt. Das Wahlergebnis von Mecklenburg sieht mit den Vergleichsziffern vom Vorjahr so aus:

	Wahl vom Reichst. 1. Nov. 1928	Wahl vom Reichst. 1. Nov. 1931	Veränderung
SPD	71.100	83.600	+ 12.500
NSD	21.400	18.900	- 2.500
Nat.-Soz.	99.900	57.900	- 42.000
Bürgerl. Parteien	30.800	86.700	+ 55.900

Die SPD hat also von 83.000 Stimmen 12.000 oder fünfzehn Prozent verloren. Eine katastrophale Niederlage haben nur die Bürgerlichen erlitten, die faktisch 47.000 Stimmen oder 50 Prozent verloren haben. Der ganze Unernst der nationalsozialistischen Berichterstattung wird an der alphanumerischen Meldung ersichtlich.

Aus Angst vor der Abrechnung

Wären die Hakenkreuzler durch Krawalle die behördliche Auflösung der öffentlichen Jugendversammlung in Troppau herbei.

Die Hakenkreuzlerhochburg Troppau war Montag, den 2. November der Schauplatz einer nationalsozialistischen „Selbsttat“, wie sie in anderen Gebieten noch nie erlebt wurde. Die „sozialistische Jugend“ berief für Montag ins Troppauer Volksheim eine öffentliche Versammlung ein, welche massenhaft besucht war. Herr Boglmann und Herr Bieweger, die Führer der nationalsozialistischen Jugend kamen mit ihrem ganzen Heerband in unsere Versammlung. Schon vor Beginn versuchten sie durch ihr Geschrei zu provozieren, aber die Besonnenheit unserer Jugend machte die Absicht der Hakenkreuzler, unsere Leute zu einem unbesonnenen Schritte zu verleiten, zu nichts. Dasselbe Schicksal erlitten auch die nationalsozialistischen Hantlerischen Zwischenrufe bei der Rede des Genossen Kreis. Herr Genosse Kutsch, welcher den Vorsitz führte, gab gleich anfangs der Versammlung bekannt, daß der Nationalsozialist eine Redezeit von einer halben Stunde gewährt sei. Nach der Rede des Genossen Kutsch, der die Empfindung hatte, Herr Boglmann solle provozieren. Doch unsere prächtige Jugend hielt Disziplin. Nachdem Boglmann eine halbe Stunde gesprochen hatte, gab man die Redezeit bekannt, daß er die Redezeit überschritten habe. Um nicht den Hakenkreuzlern

Gelegenheit zu billigen Vorbeeren zu geben, erhielt er noch eine Verlängerung seiner Redezeit. Trotz aller Demagogie und Beschimpfungen hatte die S. J. Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Hakenkreuzler versuchten dauernd zu trawallisieren, was den Regierungsvertreter wiederholt Veranlassung gab, zur Ruhe zu verwarren, da er sonst die Versammlung auflöste, worauf ja die Hakenkreuzler hinarbeiteten. Nach der zweitenmaligen Verlängerung der Redezeit entzog der Vorsitzende dem Herrn Boglmann das Wort und erteilte Genossen Kutsch zu den Troppauer Angelegenheiten das Wort. Trotzdem sprach Boglmann weiter und Herr Bieweger schrie und gestikulerte mit einigen anderen Hakenkreuzlern herum, worauf der Regierungsvertreter die Versammlung auflöste. Einmütig wurde von den Jugend-

Die Pariser Resolution der SAL:

Auf zur Aktion!
Gegen die Einheitsfront der Reaktion.

Das Büro der Internationale hat in seiner ersten Sitzung die weltpolitische Lage eingehend geprüft und insbesondere Berichte über die Lage in Deutschland, England, Belgien und Frankreich und in den Ländern Mittel- und Osteuropas entgegengenommen.

Die Mitglieder des Büros haben einmütig festgestellt, daß sich die Wirtschaftskrise seit der letzten Tagung der Internationale erheblich erweitert und verschärft hat, daß diese Verschärfung der Wirtschaftskrise auf politischem Gebiet Rückwirkungen gezeitigt hat, die in gewissen Ländern ganz besonders gefährlich sind, daß andererseits nichts Wirkames im Sinne der zur Verringerung der Krise erhabenen Forderungen des Wiener Kongresses geschehen ist, um durch Mittel der internationalen Solidarität die Gefahren zu beschwören, die die Wirtschaft einzelner Länder bedrohen, ja daß umgekehrt die hochschutzollnerische Reaktion, der nationale Egoismus, die Unfähigkeit und der böse Wille der Regierungen, die Fragen der Abklärung und der gegenseitigen internationalen Hilfe zu lösen, immer stärker hervortreten.

Unter diesen Umständen hat das Büro folgenden Bericht, den Leon Blum erstattete, einstimmig zur Kenntnis genommen:

Die Wirtschaftskrise dehnt sich aus und verschärft sich. Überall wächst die Zahl der Arbeitslosen. Überall gehen die Löhne der Arbeiter zurück. Überall senkt sie die Lebenshaltung der Bauernschaft. Der Handel schrumpft überall zusammen. Die Vorräte wachsen überall. Die sichersten Währungen werden von der Spekulation geschlagen. Die ganze Welt ist dem Chaos, dem Zufall und dem Elend preisgegeben.

Die internationale Reaktion wagt es in ihrer Unverschämtheit, den Zusammenbruch der Weltwirtschaft der Tätigkeit der Regierungen und der Parteien der Arbeiterschaft zuzuschreiben.

Der Sozialismus brandmarkt die Krise als endgültige Verurteilung, die der Kapitalismus gegen sich selbst ausspricht.

Eine Gesellschaftsordnung, in der der aufreizende Gegensatz zwischen Überproduktion und Verschwendung auf der einen, Not und Hunger auf der anderen Seite besteht, die sich unfähig erweist, ihren Gliedern Arbeit oder wenigstens Arbeitslosenunterstützung zu sichern, die das Gleichgewicht zwischen dem Ertrag des Produktionsapparats, der Konsumtionsfähigkeit, der verfügbaren Arbeitskraft nicht aufrecht erhalten kann, spricht ihren eigenen Grundsätzen das Todesurteil.

Es ist nicht unsere Aufgabe, den Zusammenbruch des Kapitalismus vorauszusagen und zeitlich zu bestimmen. Die Zerstörung einer Gesellschaftsordnung ist nicht ein materieller Zusammenbruch. Ihr Zusammenbruch ist bereits vollzogen, wenn sie ihre Unfähigkeit erwiesen hat ihre Lebensaufgabe zu erfüllen, wenn sie ihre eigenen Gesetze verleugnen muß, wenn sie ihr Vertrauen zu sich selbst verliert.

Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist offenkundig und vergeblich versucht er ihn zu verhüllen, indem er in allen Ländern die Einheitsfront der reaktionären Kräfte gegen die Arbeiterbewegung organisiert oder wenigstens zu organisieren versucht.

Unfähig die Probleme zu lösen, die der Kapitalismus sich selbst gestellt hat, unfähig den leidenden Massen auch nur einen Hoffnungstrahl der Besserung zu zeigen, kann der Kapitalismus teilweise und provisorische Milderung der Krise nur auf dem Wege finden, den der Sozialismus schon lange gewiesen hat. Die Regierungen betreten nur zögernd und widerwillig diesen Weg. Nur gegenseitige Hilfe und internationale Solidarität könnten in dem allgemeinen Elend einige Hilfe bringen.

Die Wirkungen der Wirtschaftskrise werden seit einigen Monaten durch die Geld- und Kreditkrise noch gesteigert. Nur eine internationale Verbündigung kann die Devisenspekulation verbieten und verhindern. Nur eine internationale Organisation kann es ermöglichen, die Währungen endgültig zu stabilisieren, die kurzfristigen Kredite zu konsolidieren, die Verschuldetheit des Zinsfußes abzubauen, die Schwierigkeiten, die sich aus der unzureichenden Menge und der schlechten Verteilung des Goldes ergeben, zu beseitigen und die Prüfung der Probleme der Kriegsschulden und der Reparationen wieder anzunehmen, deren so lange zwischen den Völkern umstrittene Lösung

konstatiert, daß aus Angst vor der Antwort unserer Genossen die Hakenkreuzler die Krawalle inszenierten, um den Regierungsvertreter zu der Auflösung der Versammlung zu autorisieren. Einmütig war die Absicht der Hakenkreuzler vor so viel Feigheit.

Im Budgetausschuß wurde am Mittwoch die Debatte über die Kapitel Juneres, Justiz und Unifizierung zum Abschluß gebracht, wobei von deutscher Seite Reibel und Bobel verschiedene Beschwerden in nationaler Hinsicht vorbrachten, auf die die Sprecher der ständischen Nationalsozialisten und Nationaldemokraten zum Teil reagierte. Die Ressortminister hielten dann ihre Schlussresumee: der erkrankte Innenminister wurde dabei von Sektionschef Bobel vertreten.

in der gegenwärtigen Lage praktisch undurchführbar geworden ist.

Es ist ebenso unheimlich wie utopisch, die Lösung der Überproduktionskrise, die die Welt ergriffen hat, in der Einschränkung der Erzeugnisse des Produktionsapparates zu suchen. Das einzige vernünftige und wirksame Mittel besteht in der Steigerung der Konsumkraft und des Handels. Steigerung der allgemeinen Kaufkraft, vernünftige Kreditverteilung zugunsten der Nationen, deren Lebensstandard zurückgegangen ist, Senkung der Zollschränken, das sind die wesentlichen Bedingungen einer Verringerung der Krise. Sie haben notwendigerweise die Aufrechterhaltung des Lohnniveaus, die Kürzung der Arbeitszeit, die Inanspruchnahme großer internationaler Arbeiten, den Ausbau und die internationale Angleichung der Arbeiterschutzgesetze, die Steigerung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft zur Folge.

Alle Völker müssen bei dieser Aufgabe solidarisch sein, sie ist für alle gemeinsame Pflicht. Die Hauptpflicht und die schwerste Verantwortung lastet jedoch auf jenen Völkern, deren politische oder finanzielle Lage es ihnen erlaubt, den größten Beitrag dabei zu leisten.

Es war die Pflicht der Internationale in großen Zügen dieses Programm zu zeichnen. Aber die Erfahrungen der Vergangenheit erlauben ihr nicht große Hoffnungen auf die kapitalistischen Regierungen bei der Durchführung dieses Programms zu setzen.

Schon der Wiener Kongreß hat ernste Warnungen ausgesprochen. Wenn seinen Ratschlägen Folge geleistet worden wäre, wenn unbedinglich und bedingungslos Deutschland die notwendige Hilfe erhalten hätte, wäre die Wirtschaftskrise erleichtert, die Währungskrise verhindert worden. Wie könnte man angesichts einer verschärften Lage, die energischer und umfassendere Maßnahmen erforderlich macht, nicht neuerlich befürchten, daß die Regierungen die gleiche Unfähigkeit beweisen? Es fehlt ihnen an Mut und Weitblick und was die Wirtschaftsführer anlangt, so läßt sie ihr zügelloses Egoismus-Mittel versuchen, die sie als Hebel nur verschlimmern können, wie Lohnabbau, Einschränkung der Rechte der Arbeiterschaft, Zerstörung der Sozialgesetzgebung.

Opfer der Krise, Opfer der Maßnahmen, durch die die Unternehmer der Krise begegnen wollen, Opfer der Blindheit der Regierungen, gilt es für die Arbeiter, dem Tag entgegenzusehen, da sie auf sich selbst gestellt nur mit ihrer eigenen Kraft rechnen können. Die Internationale ruft sie zur Aktion auf. Die Forderungen dieser Aktion sind nicht einheitlich und können es nicht sein. Sie ändern sich nach den Ländern, nach den Bedingungen der politischen Verhältnisse, nach der Art des Widerstandes, der sich den Forderungen des Proletariats entgegenstellt. Aber die Aktion muß einheitlich sein in ihrem Geist und in ihren Zielen. Die Arbeiterklasse wird die Solidarität, die der Kapitalismus zu seiner eigenen Rettung nicht anbringen kann, für ihre Verteidigung und ihre Befreiung zu bekunden wissen.

Gegen den japanischen Gewaltstreik.

Auf Antrag Bauer und Vandervelde wurde vom Büro der S. A. J. einstimmig folgende Entschlieung in der Frage des chinesisch-japanischen Konfliktes gefaßt:

Das Bureau der S. A. J. erhebt empört Protest gegen den Gewaltstreik Japans in der Mandchurei, der das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der drei ostchinesischen Provinzen verweigert und für die Zukunft die Gefahr einer internationalen Konflikte hervorruft. Das Bureau bedauert, daß sich der Völkerverbund bisher als ohnmächtig erwiesen hat, diesen dem Frieden der Welt so gefährlichen Konflikt beizulegen.

Das Bureau fordert die Arbeiterklasse der Welt auf, im Interesse des Friedens und der Freiheit der Völker gegen die Aktion des japanischen Imperialismus zu protestieren und auf die Regierungen den größtmöglichen Druck zu üben, damit sie die Autorität des Völkerverbundes ausüben, um die Klärung der von dem japanischen Eroberer gewaltsam besetzten Positionen zu fordern und durchzusetzen.

Der „taktische“ Gegenab- Reparationen gehen den Stillhalteverhandlungen vor?

Berlin, 4. November. Das Reichskabinett ist heute Vormittag zu einer Beratung der schulden- und reparationspolitischen Fragen zusammengetreten. Wie das Reichskabinett meldet, nimmt man in politischen Kreisen an, daß ihm nun bestimmte Vorschläge des Stillhalteauschusses im Wirtschaftsausschuß vorliegen, der bekanntlich gestern abends zuigefolgt hat, um auf Grund der inzwischen eingeholten statistischen Unterlagen einen Vorschlag für die kurzfristigen Kredite zu entwerfen. Außerdem hat die Reichsregierung jetzt den Bericht des deutschen Botschafters in Paris über seine gestrige Unterredung mit Laval, Briand und dem Finanzminister Mandin in Händen.

Was in Berlin über diese Besprechungen bisher bekannt geworden ist, stammt aus französischen Mäulern. Danach hätte sich namentlich vor allem taktische Gegensatz der deutschen und der französischen Auffassungen klar herausgestellt. Er läßt sich wohl am kürzesten auf die Formel bringen, daß Laval zunächst die reparationspolitische Seite des ganzen Problems behandelt sehen will, damit der Youngplan mit Ablauf des Jahres wieder in Funktion trete. Dabei sind die Franzosen offenbar durchaus bereit, zumindest vorübergehend einige Nachlässe zu gewähren. Sie scheinen sich auch in der technischen Entwicklung einer solchen Regelung gewissen deutschen Wünschen anpassen zu wollen, z. B. in der Einberufung einer Reparationskonferenz, aber

das Wesentliche ist doch, daß die Franzosen den Youngplan wieder in Gang bringen wollen, der seine Unmöglichkeit nicht nur nach deutschem, sondern nach dem Urteil der besten Sachverständigen der ganzen Welt erwiesen hat.

Der deutsche Standpunkt.

geht dagegen von der Erkenntnis aus, der sich prinzipiell auch der französische Finanzminister in der gestrigen Unterredung nicht verschließen konnte,

daß die kurzfristige Verschuldung Deutschlands eine Situation geschaffen hat, die zunächst eine Vereinigung verlangt, ehe man die Möglichkeiten der Reparationszahlungen überhaupt übersehen kann,

d. h., daß die Reichsregierung zunächst die privaten Schulden konsolidieren will, damit sie an das große Reparationsproblem von einer gefestigten Basis heraus herangehen kann. Das widerspricht dem, was die französische Regierung will. Sie nimmt für die Reparationen die unbedingte Priorität in Anspruch.

Daß dieser Gegensatz nun scharf herausgearbeitet ist, scheint im Augenblick das einzige Ergebnis der gestrigen Pariser Unterredungen zu sein.

Ueber die heutigen Beratungen des Reichskabinetts wird strenges Stillschweigen bewahrt, weil die zuständigen Stellen vermeiden wollen, daß die außerordentlich schwierigen Verhandlungen, die jetzt beginnen, irgendwie gestört werden können. Sicher ist aber, daß irgendwelche wesentlichen Beschlüsse über die Reparationsfrage heute noch nicht gefaßt worden sind. Die Annahme, daß zunächst weitere Rückfragen in Paris notwendig seien, hat einen ziemlich hohen Grad von Wahrscheinlichkeit.

Schriftliche Enquete über den Nichtangriffspakt

Genf, 4. November. Die heutigen Verhandlungen über den russischen Vorschlag eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes haben zu einem Ergebnis geführt, mit dem sich die russische Delegation einverstanden erklärt hat. Auf einen deutschen Vorschlag hat man sich dahin geeinigt, daß die Regierung ersucht werden, dem Völkerverbundsekretariat auf schriftlichem Wege ihre Zielsetzung zu dem russischen Plan und den im einzelnen aufgeworfenen Fragen mitzuteilen. Das Sonderkomitee für Prüfung dieses Planes wird infolgedessen morgen seine Beratungen abbrechen und beschließen, vor der Jännertagung des Europausschusses noch einmal zusammenzutreten, um Johann dem Europausschuß eine Lösung vorzuschlagen.

Demokraten-Sieg in USA.

Washington, 4. November. Es steht nunmehr fest, daß die Demokraten bei den Ergänzungswahlen für das Repräsentantenhaus 3 der 5 zu vergebenden Sitze erhalten haben. Bemerkenswert ist, daß alle fünf Gewählten ausgesprochene Gegner der Prohibitionsbewegung sind.

Die Washingtoner Mäler bezeichnen es als einen bedeutungsvollen Sieg der Demokraten, daß der herkömmliche republikanische Wahlkreis in Michigan den Republikanern verloren gegangen ist.

Seit 13 Jahren werden also die Posten des Präsidenten des Repräsentantenhauses und der Ausschusspräsidenten jetzt zum erstenmal wieder von den Mitgliedern der demokratischen Partei besetzt.

Tagesneuigkeiten

Katastrophe eines Militärflugzeugs in der Slowakei.

Ein Gefreiter getötet, ein Korporal schwer verwundet.

Prag, 4. November. Das Pressedepartement des Ministeriums für Nationalverteidigung teilt mit: Am Schießplatz in Malacky havarierte am Dienstag um 16 Uhr 18 Minuten das Flugzeug „A 29 1“ des Fliegerregimentes Nr. 6, dessen Besatzung aus dem Pilot-Korporal Steffl und dem Gefreiten Schöberl in Wieniger bestand. An dem Apparat war für Schießübungen vom Boden aus an einer langen Leine ein Schlepptziel befestigt. Das Unglück ereignete sich, als die Besatzung des Flugzeuges vor der Landung das Schlepptziel abwarf. Der Apparat wurde zertrümmert, wobei der Pilot schwer, der Schöpfer tödlich verletzt wurde. Die Ursache des Unglücksfalles wird untersucht.

Abfichtlicher Zusammenstoß?

Boston, 3. November. (Reuter.) Ein amerikanisches Küstenwachschiff hat das britische Küstenfahrzeugschiff „Sophie C.“ gestern abend gerammt und zum Sinken gebracht. Die Besatzung wurde gerettet. Der britische Kapitän erklärt, das amerikanische Schiff habe den Zusammenstoß aus Versehen herbeigeführt.

Weil er kein Geld für die Bahnfahrt hatte

zum Eisenbahntäter geworden.

Das Standgericht in Gyula (Ungarn) verurteilte den 24jährigen Bauernknecht Laci, der einen Zug dadurch zum Entgleisen bringen wollte, daß er ein Eisenrohr über die Schienen legte, zum Tode durch den Strang. Laci gab als Motiv der Tat an, er habe sich dafür rächen wollen, daß er aus Geldmangel die Eisenbahn nicht benutzen konnte; er habe täglich den weiten Weg zu seiner Arbeitsstelle zu Fuß zurücklegen müssen. Wahrscheinlich wird Laci zu Kerker begnadigt werden.

Kommunistische Passpässlerzentrale in Wien ausgehoben.

Wien, 4. November. Der Bundespolizeidirektion kamen in letzter Zeit Mitteilungen des Inhalts zu, daß in Wien von kommunistischer Seite falsche, bezw. verfälschte Reisepässe in Umlauf gesetzt wurden. Eingehende Erhebungen und Ueberwachungen führten gestern zum Einschreiten in einer Wohnung des IX. Wiener Gemeindebezirkes, welche vor einiger Zeit von einigen kommunistischen Anhängern gemietet worden war. Dort wurden zwei Personen, der reichsdeutsche Staatsangehörige Willi Klose und der österreichische Kommunist Emerich Klievar angehalten und der Bundespolizeidirektion vorgeführt. Bei der vorgenommenen Nachschau wurde ein Typendruckapparat, mehrere zahlreiche Formulare von Pässen und Tauf- und Heiratsurkunden und andere Dokumente sowie schließlich eine Menge von Chemikalien, offenbar zur Verfälschung von Pässen und anderen öffentlichen Urkunden bestimmte Materialien und Stempelpapier vorgefunden, welche die Bezeichnung verschiedener, insbesondere ausländischer Behörden aufwiesen. Die Ausforschung von Personen, die außer den bereits angehaltenen an den nach der Sachlage in großem Umfang vorgenommenen Häufungen von Reisepässen und anderen Ausweisdokumenten beteiligt sind, sowie die weiteren Erhebungen zur völligen Aufklärung des Sachverhaltes sind im Gange.

Hüßelzonen der Nazistudenten in Halle

Halle, 4. November. (Eig. Trib.) Die Universität Halle war am Dienstag in den Abendstunden der Schaulagerstätte der Studentenzüchler, wie sie bisher in der Geschichte der Universitätsfondale wohl einzig dastehen dürfte. Unter Führung der Deutschen Studentenschaft drangen die reaktionären Korporationen geschlossen in die Universität ein, um den Rektor des Theologieprofessors Dehn zu erzwängen. Nach vorheriger Verhandlung ließ man Professor Dehn in Begleitung des Rektors Professor Dr. Rubin unbeschädigt und mit schweigender Betrachtung in den Hörsaal gelangen, der schon lange vorher von Nazi-Studenten „besetzt“ war. Kaum waren die Türen geschlossen, als draußen wie drinnen ein wüster Lärm begann. Der erste Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft, Förner, munterte die ohnehin sich wie wild schreienden Studenten zu weiteren „Heldentaten“ auf. Fast eine Stunde lang hallte die Unübersicht von den Schreien: „Dehn raus, Schmitt raus!“ wider. Zwischen durch grüllte die „nationale“ Jugend abwechselnd das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, den Schlachtgesang des Nazi-Mobs. Im Hörsaal wurden Auf laut: „Fenster raus, Dehn raus!“ Von den außerhalb des Hörsaals randaerenden Nazistudenten wurden die Türen eingeschrammt, so daß sich der Rektor, um den drohenden tödlichen Angriff auf die Person

des Professors Dehn vorzubeugen, schließlich veranlaßt sah, Polizei zu rufen, die ein weiteres Demolieren der Hörsaalräume verhinderte. Die Räumung der Universität wurde unbegreiflicherweise aber nicht angeordnet. Der Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft hielt weiter Reden an den Studententag, insbesondere hörte man die Worte: „Morgen um 5 Uhr geht es weiter, Professor Dehn wohnt in der Seydlitzstraße.“ Anfolge des immer toller werdenden Lärmes brach Professor Dehn seine Vorlesung nach einer Stunde ab. Unter dem Schutz der Polizei verließ er dann mit dem Rektor, der gleichzeitig durch Polizei geschützt werden mußte, die Universität.

Auf dem Univeritätsvorplatz warteten die kommandierten S.-A.-Abteilungen, um die Kommitteuten tatkräftig zu unterstützen. Wäre nicht eine scharfe Kontrolle der Studentenausweise am Univeritätsportal vorgenommen worden, so hätten Dutzende „raube Kämpfer“ sich auch in der Universität betätigt.

Ziehung der Klassenlotterien

70.000 K:	53.713.
10.000 K:	56.792, 91.684.
5000 K:	2941, 10.536, 19.509, 23.193, 33.592, 47.099, 50.789, 52.330, 54.864, 57.701, 72.688, 77.963, 78.561, 89.100.
2000 K:	3957, 3978, 4090, 5073, 7036, 7857, 9296, 15.214, 16.892, 17.473, 21.205, 21.591, 21.635, 22.540, 23.468, 26.190, 28.230, 28.916, 30.504, 30.641, 32.398, 35.156, 35.763, 37.465, 38.484, 38.630, 38.846, 40.889, 41.903, 42.590, 44.404, 45.054, 45.598, 45.928, 46.170, 47.400, 48.042, 51.034, 52.775, 53.765, 58.966, 59.488, 59.789, 60.472, 60.743, 63.350, 64.694, 68.146, 71.746, 73.493, 73.574, 77.583, 81.647, 82.297, 82.982, 84.196, 84.790, 86.146, 87.772, 89.084, 89.191, 89.983, 95.543, 97.311, 97.772, 98.475, 99.236.
1200 K:	452, 2431, 2981, 3175, 3306, 3629, 4010, 6022, 6043, 9256, 10.080, 11.153, 12.385, 15.429, 17.189, 17.672, 18.594, 19.700, 19.737, 19.768, 21.058, 22.079, 23.541, 26.516, 27.123, 27.264, 27.635, 30.351, 30.631, 30.858, 30.932, 32.235, 33.570, 33.777, 33.874, 34.140, 35.866, 36.109, 36.402, 36.705, 37.907, 39.130, 40.604, 40.843, 41.504, 42.691, 42.812, 47.084, 48.183, 50.123, 50.430, 50.698, 52.101, 52.351, 53.332, 54.936, 56.598, 57.006, 57.600, 58.196, 58.446, 58.522, 58.699, 59.873, 60.832, 61.000, 63.703, 64.213, 64.269, 65.336, 66.400, 67.159, 67.336, 67.974, 68.120, 68.483, 68.497, 68.574, 69.092, 69.918, 70.264, 70.316, 70.667, 70.672, 72.423, 74.413, 74.645, 74.871, 75.703, 77.540, 77.717, 77.827, 78.487, 80.724, 81.881, 83.020, 83.265, 83.599, 84.280, 84.467, 85.653, 85.871, 86.907, 87.180, 87.200, 87.532, 87.563, 88.017, 88.089, 88.187, 88.568, 89.156, 90.944, 91.102, 91.255, 91.415, 92.170, 93.089, 93.892, 94.150, 94.627, 95.038, 95.978, 98.626, 99.013, 99.075.

Die Exekutive der öffentlichen Angestellten wurde am 3. d. M. vom Finanzminister Dr. Trapl empfangen. Die Exekutive besprach mit dem Minister in mehr als zweistündiger Unterredung alle aktuellen Fragen der Staatsangestelltenenschaft. Es wurde auch über die Sparmaßnahmen, die vorbereitet werden, u. a. vor allem über die Richtaufnahme von neuen Kräften, das Abonnement, die Richtpensionierungen, das Wohnungsgesetz, die Weihnachtzulage, die Einberechnung des Militär- und anderer Dienste, die Teilnahme der Angestellten an der Reorganisationskommission, Ersparungs- und Kontrollfragen gesprochen. Der Minister hörte die Ansichten der Staatsangestelltenvertreter über die einzelnen Fragen an und legte ein lebhaftes Interesse für deren Erfordernisse in der heutigen schweren Wirtschaftslage an den Tag.

Die deutsche Ausgabe des Amtsblattes des Fürsorgeministeriums. Das Ministerium für soziale Fürsorge schreibt, einem Wunsche der deutschen Öffentlichkeit folgend, wiederum zur Herausgabe seines Amtsblattes „Soziale Revue“ auch in deutscher Sprache. Die deutsche Ausgabe des Amtsblattes soll nicht nur, wie früher, bloß den amtlichen Teil, sondern den gesamten Inhalt des Amtsblattes enthalten. Sie wird so nicht nur die gesamte Arbeit des Ministeriums widerspiegeln, sondern auch der Erörterung der aktuellen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Probleme dienen. Die erste Nummer des Blattes wird folgende Beiträge umfassen: Die Verfüzung der Arbeitszeit als Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit von Dr. J. Kotel. Die soziale Fürsorge im öffentlichen Haushalt von Dr. K. Wiener. Das Gesetz über die Arbeitsgerichte von Dr. J. Voska. Die Novellierung des § 82 der Gewerbeordnung von J. Slaváček. Bericht über die fünfte Generalversammlung der internationalen Zentralstelle der Krankenkassenverbände und Hilfsvereine von Dr. J. Pleskot. Aus der Auditorium des obersten Gerichtes und des obersten Verwaltungsgerichtes. Schutz des heimischen Arbeitsmarktes. Soziale Berichte. Die Redaktion hofft, daß die so reichhaltige Aufgestaltung der Zeitschrift in deutschen Kreisen lebhaften Anklang finden wird und erhebt ihre Bitte, für die Verbreitung der Zeitschrift in der deutschen Öffentlichkeit zu werden. Ewige Zuschriften und Abnehmeranmeldungen sind an die Redaktion des „Sozialen Revue“, Fürsorgeministerium, Prag II., Palackého náměstí 4, zu richten.

Eine Brandstiftung verurteilt eine Urkass in Zehraden. Aus Heinersdorf am Teichsee wird uns gemeldet: Die hiesige Bauernschaft lebt seit einigen Wochen in ständiger Aufregung über das Treiben einer Brandstiftungsbande, deren Aufklärung bisher trotz der emsig betriebenen Recherchen noch nicht gelungen ist. Im Zeitraum von wenigen Wochen sind in der Urkass fünf Brände zu verzeichnen gewesen, die teilweise große Schäden verursacht haben; bei einem dieser Brände wurde ein Brief vorgefunden, mit welchem neue Brandstiftungen angefragt werden. Die beunruhigte Bauernschaft von Heinersdorf hat nunmehr einen Wachdienst organisiert, an dem sich auch die Gendarmerei beteiligt. — Ein Pyromane scheint sich auch in

der Gegend von Maffersdorf aufzuhalten, denn das Maffersdorfer Gemeindeamt erhielt dieser Tage einen mit „Euer Feindfreund“ unterzeichneten Brief, in welchem angekündigt wird, daß der Singschloß Meierhof und acht Häuser der Schulgasse in Flammen aufgehen würden. Die Reichsberger Polizei ordnete die Ueberwachung des Ortes an.

In der Leuchtgasexplosion in Prag-Brichowitz teilt die Firma Jan Prolopec, Maschinenfabrik in Weidenberge, mit, daß der Aufzug überhaupt noch nicht im Betrieb war, so daß die Explosion nicht auf Krankenbildung der Maschine des Aufzuges zurückgeführt werden kann. Der Elektromonteur Fr. Kouda, der Verbrennungen erlitten hat, erklärte im Krankenhaus, er habe im Maschinenhaus infolge der Dunkelheit den Lichtschalter nicht finden können. Beim Anzünden eines Streichholzes sei es zur Explosion gekommen.

Raubüberfall in der Magdeburger Reichsbankfiliale. Ein Raubüberfall ereignete sich gestern vormittags gegen 10 Uhr im Schalterraum der Magdeburger Reichsbankfiliale. Als ein Bote der Reichsbank in der Reichsbankfiliale einen Betrag von 10.000 Mark abgehoben hatte, wurde er von zwei Männern angegriffen, die ihm um das Einwechseln einiger Noten baten. Im Verlaufe dieser Unterredung überfielen sie ihn und entwendeten ihm den abgehobenen Betrag von 10.000 Reichsmark. Die Täter stüchteten darauf aus dem Reichsbankgebäude, wurden aber sofort durch Beamte der Bank verfolgt. Einer der Täter konnte festgehalten und der Polizei übergeben werden, wo er an Hand seines PASSES als der Pole David Milecki festgestellt wurde. In seinem Besitz befand sich der gesamte Betrag des gestohlenen Geldes. Der zweite Täter, anscheinend auch ein Ausländer, ist noch flüchtig.

Vom Revierbergami in Mähr.-Ostau wird mitgeteilt: Das Revierbergamt hat auf Grund der Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung und eines vom montanistischen Sachverständigen abgegebenen Gutachtens den Termin der Wiederaufnahme der Förderung auf der Grube „Salamon“ in M.-Ostau um 7 1/2 Monate hinausgeschoben, da die Abfasserhältnisse im allgemeinen ungenügend und die Förderungsbedingungen auf der Grube ungünstig sind. Das Grubenwerk muß jedoch aufrechterhalten werden, damit die Förderung wann immer aufgenommen werden kann. Die Belegschaft wird anderen Gruben zugeweiht werden. Der Betrieb auf der Grube „Osar“ in Perktovitz wurde nicht eingestellt.

Lebendig begraben. Vor dem Kreisständischen Obersten Gerichtshof wird sich demnächst ein 23jähriger Mann zu verantworten haben, der beschuldigt wird, seine 17jährige Geliebte entführt und in einem stumpfigen Gelände lebendig begraben zu haben. Die Anklage stützt sich auf das Ergebnis der Obduktion der Leiche.

Tödlicher Familienzwist. Dienstag in den frühen Morgenstunden wurde in der Wohnung des erst kurz verheirateten Ehepaars Struma in Theresienstadt die junge Frau mit schweren Verletzungen am Kopf in einer Blutlache bewußlos aufgefunden. Es hatte bereits in den letzten Wochen wiederholt zwischen den Ehegatten heftige Auseinandersetzungen gegeben, weil die Wittig der Frau, 30.000 Kronen, in der kurzen Zeit der Ehe bereits zur Gänze verbraucht worden war. Die Verletzungen der Frau trübten von drei schweren Verletzungen gegen den Hinterkopf her. Der Mann wurde in einem Nebenraum am Henkerkreuz erdregt aufgefunden. In dem Aufkommen der Frau, die in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus nach Leitmeritz geschafft wurde, wird gezweifelt.

Kenntnisse im Telegrammverkehr. Heuer werden in Telegrammverkehr mit Amerika zu Weihnachten und Neujahr Glückwunschtelegramme mit festem Text entgegengenommen. Bei den Postbehörden wird ein Verzeichnis verschiedener fester Glückwunschtelegramme, die mit Nummern versehen sind. Der Telegrammabfender braucht am Schalter nur die Nummer des von ihm gewählten Textes und die Sprache angeben, in welcher er das Telegramm reproduziert zu haben wünscht, worauf der Empfänger das Telegramm in vollem Wortlaut erhält. Diese Telegramme werden ausschließlich von der staatlichen Radiotelegraphie Radio Praha zur Beförderung entgegengenommen werden, die Gebühr beträgt 35 Kr. — Die staatliche Telegraphenverwaltung hat eine Reihe von verbilligten Telegrammartikeln eingeführt, wie z. B. nichtreine, Briefe, Glückwunschkarten, Wochen-Telegramme u. a. w., doch benützt das heimische Publikum, wie eine genaue Statistik zeigt, nur etwa 7 Prozent dieser verbilligten Telegramme.

„Volk ohne Gasstätten!“ In einer Verbeschriftung für das deutsche Gasgewerbe, Berlin, steht wörtlich:

„Ist die Gasstätten nicht auch eine urdeutsche Ueberlieferung in des Wortes vollendetester Bedeutung? Und haben nicht Dichter und Denker aus dem Inhalt des Lebens, so wie es sich dort abspielt, geschöpft, zu schweigen von der Befruchtung unseres Volks- und Studentenlieders, das uns eine Fülle patriotischer und rührender Stimmungsbilder in die Seele prägt?“

Wo ist das lustige, trastsprubende deutsche Gasstättenleben noch einst geblieben? Wo ist die Erholung am Stammtisch oder bei nervenberuhigendem Kartenspiel? Heute können die meisten Gasstättenbesucher blasen und stumpsinnig. Wo

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Prag: 11: Schallplatten, 17.03: Konzert, 18.21: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Winter: Bernhard Bolzano, 19.20: Novemberhumor. — Brünn 15: Orchesterkonzert, 18.25: Deutsche Sendung Dr. Felder: Kieflage und die Musik, 18: Konzert. — Mähr.-Ostau: 12.35: Orchesterkonzert, 16: Schallplatten. — Berlin: 21: Orchesterkonzert. — Hamburg: 20: „Was ihr wollt“ Lustspiel von Shakespeare. — Wien: 20.05: Lieberstunde, 22.35: Tanzmusik. — Moskau: 19: Konzert.

Meist der Gesang, das deutsche Volkslied? Heutzutage und Tanzmusik, die nichts Deutsches und Keimiges haben und dem deutschen tiefstehenden Ernst wehtun. Entfaunt ihr euch noch, ihr alten Schüler und Studenten, welcher Lebensmut und welche Begeisterung euch erfaßt, welche begeisternden und hinreißenden Reden ihr schwangt (sein Trudelfehler, so heißt's geschrieben), wenn euch Wein oder Bier die Junge löste? Warum müß man gerade diese Energiequelle der deutschen Eigenart abtöten? ...

Dazu schreibt das „Neuland“ (Berlin): Well statt des nervenberuhigenden Kartenspiels, statt der hinreißenden Reden Sport getrieben, gewandert, gebadet und gearbeitet wird. Weil Rundfunk ebenso gedankenablenkend ist wie Kartenspiel, weil „Energiequellen deutscher Eigenart“ nicht mehr am Stammtisch zu suchen sind, wenn sie das jemals waren. Weil der „Schwung hinreißender Reden“ nicht mehr reicht, weil „echte deutsche Fröhlichkeit“ nicht der Werbeschrift des Gasgewerbes bedarf, um wieder erhoben zu werden.

Messerschere zwischen zwei Brüdern. In der Feindschaft lebenden Brüder Josef und Johann Neubauer aus Budweis, die sich Wittwoch früh in der Quai-Strasse in Budweis begegneten, gerieten in einen schweren Streit, wobei sie sich durch Messerschere so schwere Verletzungen beibrachten, daß beide in einer Blutlache liegen blieben. Sie wurden von ihren Ehefrauen aufgefunden, die auch die Sicherheitswache alarmierten. Die Verwundeten wurden ins Allgemeine Krankenhaus überführt. Die Verletzungen des Johann Neubauer erwiesen sich als sehr schwer. Der Staatsanwalt ist die Strafanzeige zugegangen.

In der Nordsee ist Mittwoch in den frühen Morgenstunden der Dampfer „Livorno“ einer Danziger Reederei mit dem Kesselher Dringellogger zusammengestoßen. Der Logger sank sofort. Sieben Mann der Besatzung des gesunkenen Schiffes sollen von der „Livorno“ übernommen worden sein. Ein Mann der Besatzung des Loggers erlitt bei der Uebernahme schwere Verletzungen, denen er erlegen ist. Sieben Mann des gesunkenen Schiffes sollen noch vermisst werden.

Sechs tote Marinekadeten. Aus Kiel wird mitgeteilt: In dem gestern Vormittag herrschenden Sturm kenterte hier in der Nähe ein Marineboot, wobei sechs Mann der neuntausendköpfigen Besatzung den Tod fanden.

Starbemberg schwer krank? Der Bundesführer der österreichischen Heimwehren, Graf Rüdiger Starbemberg, der in letzter Zeit von Stadt zu Stadt fuhr, um Heimwehverbandsfamilien abzuhalten, in denen er Segen und Burschden hielt, ist erkrankt und hat seine Verfallungskampagne unterbrechen müssen. Die Erkrankung soll schwer sein; es handle sich um eine Bronchitis, verbunden mit einem Nierenkatarrh. Alle Versammlungen, die für die nächste Zeit von Rüdiger von Starbemberg angekündigt waren, wurden nunmehr definitiv abgefallen.

Elektrifizierung beim Heiligen Stuhl. Aus der Stadt des Vatikan wird mitgeteilt: Die elektrische Anlage der Stadt des Vatikan zum Betriebe der Glocken von St. Peter, ein Geschenk der deutschen Firma Herforder Elektrizitätswerke an den Heiligen Vater, wurde Dienstag in Anwesenheit des Papstes eröffnet. Die Verlegung der radiotelegraphischen Verbindungsleitung von der Stadt des Vatikan nach Paris haben in der letzten Nacht abermals erfolgreiche Resultate gezeitigt.

Der rasende Tod. Auf der Landstraße nach Einlova in der Nähe von Budapest tamnte ein Motorrad, auf dem ein Unteroffizier der Polizeiwache und dessen Bruder saßen, gegen einen Baumstamm und stürzte um. Der Unteroffizier war sofort tot, sein Bruder wurde schwer verletzt.

Ueberfall auf einen Bierkäufer. Bei Reichenwaldau (Mähren) wurde vorgestern abends bei einem Bierwagen heimkehrende Rutscher Josef durch von mehreren Männern überfallen, doch konnte er sich zur Wehr und es gelang ihm, in rasendem Tempo die nächste Gendarmestation zu erreichen, wo er die Anzeige erstattete. Die Gendarmerei hat die Verfolgung aufgenommen.

Sechs Bauernhöfe abgebrannt. Mittwoch 10.30 nach Mitternacht entzündete auf dem Boden des Gebäudes eines Häuslers in Dunlow bei Olmütz offenbar infolge eines fehlerhaften Kamins ein Brand. Das Feuer breitete sich rasch auf sechs benachbarte Bauernhöfe aus, die vollständig niederbrannten. Auch eine große Menge Getreide und Futtermittel fielen dem Feuer zum Opfer. Bis ein Teil des Hausgerätes und der Kleider konnte gerettet werden. Einige Stück Vieh konnte um. Der Feuerwehrt aus der ganzen Umgegend gelang es erst am Vormittag, den Brand zu löschen. Die Familien sind obdachlos. Der Schaden ist groß und nur zum Teile durch Versicherung gedeckt.

